

unzumutbare Vorbedingungen, die nur neue Spannungen und neue Erschwernisse zwischen ihnen zur Folge haben können.

Die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist darüber hinaus von europäischer und internationaler Bedeutung. Die Alleinvertretungsmaßnahme der Bonner Regierung vergiftet die internationale Atmosphäre. Das ist unter Kiesinger nicht anders, als es unter Adenauer und Erhard war. Die Kiesinger/Strauß-Regierung wendet eher noch in höherem Maße Erpressung und Druck an, um die Hallstein-Doktrin aufrechtzuerhalten. Sie maßt sich an, zwei Kategorien von Staaten zu schaffen. Mit den sozialistischen Staaten Europas will sie, ohne ihr Revancheprogramm zu ändern, diplomatische Beziehungen hersteilen, also beide deutsche Staaten in deren Hauptstädten vertreten haben. Gegen die afroasiatischen Länder aber, die ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik verbessern, richtet sie auch weiterhin den Bannstrahl der Hallstein-Doktrin. Mehr als das: Sie mobilisiert die NATO und die sogenannte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, um auf die nichtpaktgebundenen Staaten in einer Weise politischen Zwang auszuüben, der die Würde und das Nationalbewußtsein dieser Völker auf das tiefste verletzt.

Angesichts dessen sollte sich die Arbeiterklasse Westdeutschlands, vor allem ihre Gewerkschaften, der Mahnung von Karl Marx erinnern, daß kein Volk frei sein kann, das andere Völker unterdrückt. Auch das Volk in Westdeutschland kann nicht ungestraft zulassen, daß seine Regierung die finanzielle, wirtschaftliche und politische Diktatur auf andere Völker auszudehnen sucht. Der Kampf der DDR, den die DDR gemeinsam mit den sozialistischen und antiimperialistischen Staaten gegen die neokolonialistische Erpresserpolitik der Bonner Regierung führt, liegt deshalb auch im Interesse der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte Westdeutschlands und sollte von ihnen aktiv unterstützt werden.

In der Zeit zwischen dem VI. und VII. Parteitag waren der Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, unseres Genossen Walter Ulbricht, in der Vereinigten Arabischen Republik und die sich danach entfaltende Zusammenarbeit mit mehreren arabischen Staaten der weithin sichtbare Ausdruck der Anstrengungen unserer Republik, die Beziehungen mit den afroasiatischen Staaten zu entwickeln. Wir werden auch in Zukunft danach streben, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den afroasiatischen Staaten weiter auszubauen. Wir sind auf diesem VII. Parteitag mehr als je zuvor davon über-